



STELLUNGNAHME

„Ausbildung (wieder nicht) für Alle?“

Stellungnahme des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit zum Berufsbildungsbericht 2011



Die Bundesregierung kommt im Berufsbildungsbericht 2011 zu einer insgesamt positiven Bewertung der Situation am Ausbildungsstellenmarkt: Die Ausbildungslage habe sich weiter verbessert, weil mehr betriebliche Ausbildungsplätze angeboten werden und demografiebedingt weniger Jugendliche eine Ausbildungsstelle suchen.



Die Jugendsozialarbeit teilt das positive Fazit des Berichts nicht. Viele Probleme und Benachteiligungen am Ausbildungsmarkt haben sich seit Jahren verfestigt und bestehen unverändert fort. Die sieben Bundesorganisationen, die sich gemeinsam im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit für die Teilhabe benachteiligter junger Menschen einsetzen, nehmen deshalb im Folgenden Stellung zu den zentralen Aussagen im Berufsbildungsbericht 2011 und benennen die wesentlichen Handlungsbedarfe aus Sicht der Jugendsozialarbeit.



1. Zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt: ein ausreichendes Angebot fehlt weiterhin



Die positive Bilanz der Bundesregierung stellt sich aus der Perspektive derjenigen jungen Menschen, die im letzten Jahr – häufig vergeblich – eine Ausbildungsstelle gesucht haben, ganz anders dar: So ist es trotz einer leichten Entspannung am Ausbildungsstellenmarkt 2010 nur knapp der Hälfte der Jugendlichen, die sich um eine Ausbildungsstelle bemüht haben, auch gelungen, eine solche anzutreten.¹ Während sich aber 94 % aller Hauptschüler/-innen eine betriebliche Ausbildung wünschten, gelang nur rund einem Drittel (36 %) tatsächlich der Einstieg in eine Berufsausbildung.



Selbst bei den Jugendlichen mit mittlerem Schulabschluss bleibt eine große Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit: Obwohl fast 80 % von ihnen eine betriebliche Ausbildung anstreben, konnten ebenfalls nur 36 % eine solche Ausbildung aufnehmen. Demografiebedingte Entlastungen am Ausbildungsstellenmarkt sind zwar regional und vor allem in den östlichen Bundesländern spürbar, in einer bundesweiten Gesamtschau fehlen aber nach wie vor



¹ BiBB-Datenreport, S. 91.

sehr viele Ausbildungsplätze: Im Berufsbildungsbericht wurde ermittelt, dass rechnerisch 89,9 betrieblichen Ausbildungsplatzangeboten 100 Ausbildungsnachfragende gegenüberstehen. Erst bei einem Wert von 101,3 gilt der Ausbildungsstellenmarkt als ausgeglichen.² Insofern fehlten 2010 für ein ausgeglichenes Ausbildungsangebot bundesweit noch 65.000 Ausbildungsstellen. Ein auswahlfähiges Angebot und damit eine echte Berufswahlloption liegen erst ab einem Wert von 112,5 vor.³ Zu einem auswahlfähigen Angebot fehlten 2010 also noch rund 130.000 Ausbildungsplätze.

In der offiziellen Statistik werden außerdem regelmäßig zwei Gruppen von Jugendlichen ausgeblendet: diejenigen, die sich in Maßnahmen des Übergangssystems befinden, sowie diejenigen, die einen Ausbildungsplatz suchen, aber von der Bundesagentur für Arbeit als nicht ausbildungsreif eingestuft werden. Von 95.908 Jugendlichen liegen zudem für 2010 keine Informationen über ihren Verbleib vor.⁴ Eine transparente Ausbildungsstatistik fehlt weiterhin. So wird nach wie vor nur die Kategorie „ausländische“ Jugendliche erfasst. Diese wird einerseits der schwierigen Ausbildungssituation von jungen Deutschen mit Migrationshintergrund nicht gerecht und übersieht andererseits, dass sich dahinter auch Gruppen junger Flüchtlinge u. a. verbergen, die rechtlich oder strukturell vom Ausbildungsmarkt ausgeschlossen sind. Weder der aktuelle Berufsbildungsbericht noch die Planungen zur Einführung einer so genannten integrierten Ausbildungsberichterstattung werden diesen Defiziten bislang gerecht.

Vermutungen, dass der demografische Wandel die Probleme am Ausbildungsstellenmarkt zeitnah lösen wird, führen auch zukünftig in die Irre. Bei der Prognose des Berufsbildungsberichts für die Ausbildungsnachfrage im Jahr 2011 wird deutlich: Der leichte demografiebedingte Nachfragerückgang wird in nächster Zeit vollständig überlagert durch die Aussetzung des Wehr- und Zivildienstes. Hinzu kommen regionale Steigerungen der Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt durch doppelte Abiturjahrgänge, so im Jahr 2011 in Bayern und Niedersachsen.

2. Ausbildung für alle jungen Menschen sicherstellen!

Im Hinblick auf die zukünftige Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze haben die Partner im Ausbildungspakt bislang nur vage Ankündigungen gemacht: Bestrebungen der Wirtschaft, jährlich 60.000 zusätzliche Ausbildungsplätze einzuwerben, werden mit Verweis auf den demografischen Wandel und die Ausbildungsreife der Jugendlichen unter Vorbehalt gestellt.

Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit fordert deshalb die Beteiligten im Ausbildungspakt dazu auf, das Angebot betrieblicher Ausbildungsstellen



² BiBB-Datenreport, S. 63.

³ Vgl. dazu das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 10.12.1980 (AZ:BvF3/77).

⁴ Berufsbildungsbericht 2011, S. 36.

deutlich und dauerhaft für die nächsten Jahre zu steigern, damit endlich alle Jugendlichen eine faire Ausbildungschance bekommen. Im Ausbildungspakt 2011 sind dazu verpflichtende Aussagen zu treffen.

Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit verweist außerdem erneut auf die dringende Notwendigkeit, endlich eine transparente Ausbildungsstatistik zu schaffen, die das wahre Ausmaß der Ausbildungsnachfrage erfasst und nicht die Jugendlichen im Übergangssystem ausblendet.

Der Kooperationsverbund sieht die Notwendigkeit, die Einstiegsqualifizierung langfristig zu erhalten. Diese Fördermöglichkeit muss nach regionaler Bedarfslage verfügbar bleiben, solange in bestimmten Regionen Deutschlands weiterhin Lehrstellenmangel herrscht. Dabei ist allerdings zukünftig sicherzustellen, dass Jugendliche während einer Einstiegsqualifizierung die Berufsschule besuchen und verbindliche Regularien zur Anrechenbarkeit auf eine spätere Berufsausbildung greifen.

3. Jungen Menschen mit erhöhtem Förderbedarf einen Ausbildungsabschluss ermöglichen!

Einige Gruppen von jungen Menschen werden seit Jahren am Ausbildungsstellenmarkt benachteiligt, sie bleiben – so stellt es auch der Berufsbildungsbericht 2011 fest – längere Zeit im so genannten Übergangssystem und oftmals auch langfristig ohne Ausbildungsabschluss. Zu nennen ist hier die schwierige Situation von sozial benachteiligten oder auch lernbeeinträchtigten Jugendlichen sowie von jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Außerdem legt der Bericht dar, dass 2010 insgesamt fast 100.000 Jugendliche in besonderen Maßnahmen für junge Menschen mit Behinderung gefördert wurden – sie erhalten so zwar eine Qualifikation, eine Teilhabe auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt wird ihnen dadurch in der Regel aber gerade nicht eröffnet.⁵

Es handelt sich keineswegs um neue Phänomene. Viele strukturelle Hemmnisse auf dem Ausbildungsmarkt bestehen seit vielen Jahren. Jahrelange Defizite am Ausbildungsstellenmarkt haben dazu geführt, dass nach wie vor viel zu viele junge Erwachsene ohne Berufsabschluss bleiben.

So stellt sich auch 2011 die Situation der Altbewerber/-innen nahezu unverändert dar: Sie machen weiterhin fast die Hälfte aller Bewerber/-innen aus.⁶ Neu ist allerdings, dass die Bundesregierung keine gezielte Förderung mehr für diese Zielgruppen vorsieht, vielmehr wurde der speziell für diese Personengruppe geschaffene Ausbildungsbonus abgeschafft.

⁵ Berufsbildungsbericht 2011, S. 53. Es wird hier auch darauf verwiesen, dass mit einem neuen Aktionsplan der Bundesregierung die Inklusion behinderter junger Menschen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verbessert werden soll bzw. muss.

⁶ Siehe BiBB-Datenreport, S. 50: Rund 256.000 Bewerber/-innen oder 46 % der Bewerber/-innen zählen zu den Altbewerbern/-innen.



Stark rückläufig ist auch die außerbetriebliche Ausbildung, die vor allem sozial und individuell benachteiligten Jugendlichen Ausbildungsperspektiven eröffnet. Während der Berufsbildungsbericht zum Stichtag 30.9.2010 mit einem Minus von rund 10 % der neu abgeschlossenen außerbetrieblichen Ausbildungsverträge schon eine deutliche Kürzung aufgezeigt hat,⁷ weisen die aktuellen Förderstatistiken der Bundesagentur für Arbeit weitere drastische Reduzierungen dieser Ausbildungsangebote auf: Seit Jahresbeginn 2011 sinkt die Zahl der Jugendlichen, die in eine außerbetriebliche Ausbildung einmünden, massiv. Im Vorjahresvergleich gelangten rund 30 % weniger junge Menschen in eine solche Ausbildung. Während der Berufsbildungsbericht die Rückgänge noch alleine in Ostdeutschland verzeichnet, finden die aktuellen Reduzierungen sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland statt. Da die betroffenen, zumeist stark benachteiligten Jugendlichen aber derzeit so gut wie keine Chance haben, einen „regulären“ betrieblichen Ausbildungsplatz zu bekommen, steigt ihr Risiko, langfristig ohne Ausbildung zu bleiben, enorm. Rund 15 % junger Erwachsener im Alter von 20 bis 34 Jahren verfügen weiterhin nicht über einen Berufsabschluss, bei den jungen Menschen mit Migrationshintergrund sind es mehr als ein Drittel.⁸



4. In junge Menschen investieren – Ausbildung sichern und die Ungelerntenquote senken!

Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit fordert neue Initiativen in der Ausbildungsförderung und in der Fort- und Weiterbildung gering qualifizierter junger Erwachsener, damit der absehbare Fachkräftemangel bewältigt wird und junge Menschen Zukunftschancen erhalten. Die Ausbildungsförderung muss als ein Bestandteil der Bildungspolitik begriffen werden, die mit hoher Priorität betrieben wird. Außerdem soll sich die Bundesagentur für Arbeit stärker an der Fort- und Weiterbildung gering qualifizierter junger Arbeitnehmer/-innen beteiligen. Die Sparmaßnahmen der Bundesregierung in der Arbeitsmarktpolitik müssen zugunsten der Ausbildungsförderung von benachteiligten Jugendlichen und der Qualifikation von ungelerten jungen Erwachsenen zurückgenommen werden.

Wichtiger Bestandteil benötigter neuer Aktivitäten in der Ausbildungsförderung sollte die Entwicklung und Verbreitung der dualen Ausbildung sein.⁹ Die triale beziehungsweise assistierte Ausbildung erschließt – gewissermaßen als „dritter Weg“ zwischen ungeförderter Ausbildung und außerbetrieblicher Ausbildung – bisher ungenutzte Ausbildungspotenziale sowohl bei jungen Menschen mit unterschiedlichen Problemlagen und Vermittlungshemmnissen als auch bei Betrieben. Zwei der zentralen Erfolgsfaktoren des Modells sind

⁷ BiBB-Datenreport, S. 40.

⁸ BiBB-Datenreport, S. 245 ff., vgl. auch Berufsbildungsbericht 2011, S. 49.

⁹ So auch die ausdrückliche Empfehlung eines Gutachtens des BMBF: „Gutachten zur Systematisierung der Fördersysteme, -instrumente und -maßnahmen in der beruflichen Benachteiligtenförderung.“ 2007.

der „Normalitäts-“ und der „Dienstleistungscharakter“: Betriebe begründen die Ausbildungsverhältnisse mit den Jugendlichen und behalten damit die Ausbildungsverantwortung. Die Träger der Jugendberufshilfe bieten den Betrieben und den Jugendlichen ein flexibles Dienstleistungsangebot zur Vorbereitung und Begleitung der Ausbildung an und helfen so, Ausbildungspotenziale auch für Bewerber/-innen mit schlechteren Startvoraussetzungen zu erschließen. Das Dienstleistungsangebot des Trägers der Jugendberufshilfe wird als dritte Säule verlässlich und kontinuierlich in die duale Ausbildung integriert.

Viele Unternehmen besetzen ihre Ausbildungsstellen nicht, weil ihnen das Leistungsvermögen und die schulischen Voraussetzungen der Bewerber/-innen als nicht ausreichend erscheinen. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit spricht sich deshalb dafür aus, ausbildungsbegleitende Hilfen – die sowohl zur Unterstützung der Betriebe als auch der Jugendlichen erheblich beitragen – zukünftig stärker zu nutzen, um benachteiligten Jugendlichen eine betriebliche Ausbildung zu ermöglichen.

Um benachteiligte Jugendliche erfolgreich in eine betriebliche Ausbildung zu integrieren, ist eine verlässliche und kontinuierliche Beileitung und Unterstützung notwendig. Häufig wechselnde Träger wirken sich nachteilig aus und gefährden eine nachhaltige Integration und das Erreichen eines Berufsabschlusses.

Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit spricht sich in diesem Zusammenhang auch für die Auflage eines steuerfinanzierten Bundesprogramms zur Bezuschussung und Darlehensgewährung für Bauinvestitionen der Jugendwohnheime aus. Das Forschungs- und Praxisentwicklungsprojekt „*leben.lernen.chancen nutzen*“ hat bei einer Befragung von Einrichtungen des Jugendwohnens einen hohen Investitions- und Sanierungsbedarf aufgezeigt, der von diesen nicht alleine getragen werden kann. Gleichzeitig ergibt sich aufgrund der gestiegenen Mobilität junger Menschen und massiver regionaler Ungleichgewichte am Ausbildungsstellenmarkt ein steigender Bedarf an Plätzen in Jugendwohnheimen. Jugendwohnen bietet jungen Menschen während einer Ausbildung fernab des Heimatorts Unterkunft, Verpflegung und eine verlässliche Begleitung an und sichert so die Ausbildung ab.

Dass es zukünftig darum gehen muss, mehr Jugendliche mit Unterstützungsbedarf in die betriebliche Ausbildung zu integrieren, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die außerbetriebliche Ausbildung für Jugendliche mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen (z. B. verhaltensauffällige, drogenabhängige oder psychisch kranke Jugendliche) häufig die einzige Chance darstellt, einen Ausbildungsabschluss zu erreichen. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit fordert, die Kürzungen im Bereich der Angebote der außerbetrieblichen Ausbildungsstellen für benachteiligte Jugendliche zurückzunehmen und das Angebot auszubauen.



Aus Sicht des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit ist es außerdem endlich Zeit, verstärkt in die beruflichen Qualifikationen ungelerner junger Erwachsener zu investieren. Wir fordern deshalb, jungen Menschen verstärkt geeignete, praxisnahe Angebote zur Nachqualifizierung zu eröffnen. Fort- und Weiterbildungsangebote der Arbeitsmarktförderung müssen hierfür ausgebaut und verlässlich finanziert werden.

5. Ausblick: Auf dem Weg zu einer kohärenten Förderung – von der Schule bis in den Beruf

Die regionale Koordinierung und Steuerung des Übergangsgeschehens und der entsprechenden Ausbildungs- und Förderangebote sind notwendige Voraussetzungen für gelingende Übergänge junger Menschen. Die Möglichkeiten eines solchen regionalen Übergangsmagements bleiben aber zwangsläufig eingeschränkt, solange nach wie vor eine Vielzahl von Förderprogrammen und Maßnahmen von Bund und Ländern unabgestimmt nebeneinander existieren. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit setzt sich dafür ein, dass Bund, Länder und Kommunen ihre Förderprogramme in der Ausbildung, im Bereich der Schulen und der Jugendhilfe sowie der vielfältigen Formen der Berufsvorbereitung im so genannten Übergangssystem besser aufeinander abstimmen und die Voraussetzungen schaffen, damit vor Ort verlässliche und abgestimmte Strukturen eines Übergangssystems etabliert werden können.

Berlin, im Juli 2011



Walter Würfel
Sprecher des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit

Fachlich verantwortliche Ansprechpartnerin zu dieser Stellungnahme:
Tina Hofmann (Referentin für Jugendsozialarbeit – DER PARITÄTISCHE),
E-Mail: jugendsozialarbeit@paritaet.org, Tel. 030/24636-325

